

## Bericht aus der Herbstsession 2011

Die Herbstsession 2011 stand ganz im Zeichen der Erneuerungswahlen in die eidgenössischen Parlamente vom 23. Oktober. Der Bundesplatz wurde von den Medien in Beschlag genommen, die Voten in den Parlamentsdebatten wurden bissiger und einigen Parlamentariern war der Wahlkampfstress deutlich anzusehen.

### **Erste Woche:**

#### **Weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss für die Umwelt und mehr Geld für die Armee**

Anders als der Ständerat lehnte der Nationalrat eine zusätzliche CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Diesel ab. Der Nationalrat will die Klimaziele erreichen ohne eine zusätzliche Abgabe auf Treibstoffen. Es gab darüber schon gar keine Abstimmung. Der Grund dafür war, dass SP und Grüne ihre Anträge für eine solche Abgabe zurückzogen, um nicht das ganze **CO<sub>2</sub>-Gesetz** zu gefährden. Damit wird es für die Ratsrechte schwer werden, das CO<sub>2</sub>-Gesetz wie ursprünglich geplant durch ein Referendum nach dem Motto „Benzinpreise steigen“ zu Fall zu bringen. Stattdessen soll die CO<sub>2</sub> Bilanz mit dem neuen Gesetz verbessert werden durch: Strengere Abgasvorschriften bei importierten Neuwagen, Erhöhung des Gebäudeprogramms um 100 Mio jährlich bis 2020 und die bisherige Brennstoffabgabe wird auf heutigem Niveau weitergeführt.

Zu diskutieren gaben auch die Regeln für die Gaskombikraftwerke. Gestritten wurde darüber, wie hoch der Kompensationsanteil betreffend Abgase im In- und Ausland sein muss. Mit 94 zu 92 Stimmen sprach sich der Nationalrat schliesslich knapp dafür aus, dass Gaskombikraftwerke bis zu 50%, statt wie ursprünglich nur 30%, ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen im Ausland kompensieren dürfen.

Ziel des Gesetzes bleibt es, bis 2020 zwanzig Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses wenn immer möglich im Inland zu reduzieren.

#### **Die bundesrätlichen Schlussfolgerungen im Armeebericht 2010 sind klar:**

Der Bundesrat kam wie die SP zum Schluss, die heutige Armee sei der realen Bedrohungslage anzupassen und daher der Bestand deutlich zu reduzieren. Die bundesrätliche Maxime lautete: besser eine kleinere, der aktuellen Bedrohungslage angepasste, dafür vollständig ausgerüstete Armee mit 80'000 Armeeingehörigen und 4,4 Milliarden Franken Budget (statt wie bisher 4,1 Milliarden). Das sind immerhin 300 Millionen Franken jährlich wiederkehrend mehr als heute.

**Was nun aber nach den Beratungen des National- und Ständerates vorliegt, schießt weit über das ursprüngliche Ziel hinaus.** Die bürgerliche Mehrheit bekam den Mund nicht voll. Statt 300 Millionen mehr, sollen nun künftig jährlich wiederkehrend 900 Millionen mehr, nämlich total 5 Milliarden pro Jahr, für die Armee ausgegeben werden. Darin eingepackt soll auch noch eine vorgezogene Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Platz haben. Und das, ohne sicherheitspolitischen Sachzwang und ohne dass das Volk etwas dazu zu sagen haben soll. Alle SP-Anträge auf eine Unterstellung der Vorlage unter ein Referendum wurden abgelehnt. Insbesondere SVP und FDP wollen die Flugzeugbeschaffung am Volk vorbeimogeln. Auch woher genau das viele Geld kommen soll, bleibt nebulös. Die ganze Sache ist finanzpolitisch unausgegoren, sicherheitspolitisch nicht zwingend und demokratiepolitisch fragwürdig.

Vorausgegangen war eine emotionale Diskussion um verschiedene Vorschläge für die Eckwerte der Armee. Beantragt wurden Armeegrößen von 30'000, 60'000, 80'000, 100'000 und 120'000.

Zudem standen je nach Modell Jahresbudgets für die Armee von 3,5 Mia bis 5,2 Mia zur Diskussion. Die SP-Fraktion sprach sich in dieser Debatte für eine Armee von 60'000 Angehörigen und ein Budget von 3,5 Mia aus. Ich selber führte eine Minderheit mit einem Kompromissantrag (analog Variante Bundesrat: 80'000 / 4,4 Mia) an. Doch auch dieser Kompromissantrag fand im Rat keine Mehrheit.

Es kann doch nicht sein, dass jeweils dann, wenn es um die Sozialversicherungen geht, die Bundeskasse leer sind, und dann, wenn es um die Armee geht, jährlich wiederkehrende Mehrausgaben mehrerer hundert Zusatzmillionen kein Problem sein sollen.

Das ist doppelbödig und das versteht mit Sicherheit ein grosser Teil des Volkes nicht. Die SP wird sich weiterhin nach Kräften dafür einsetzen, dass das Stimmvolk dazu befragt wird. Einerseits geht es ab 2014 um jährliche Mehrausgaben von nahezu einer Milliarde Franken für die Armee. Der Bundesrat machte dazu deutlich, dass eine solche Erhöhung des Armeepfands mit einem Sparprogramm verbunden ist. Der Bund muss bei den ungebundenen Ausgaben sparen – bei Bildung, Forschung, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Infrastruktur. Das wird wehtun. Andererseits geht es um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ohne Not. Auch da gilt: Geht es nicht anders, muss ein breites Bündnis angestrebt werden, welches eine entsprechende Volksinitiative lanciert. Damit das Volk doch noch das letzte Wort hat.

## **Zweite Woche:**

### **Minimierung der Grossbankenrisiken, Eurolöhne und Wirtschaftsmassnahmen**

Der Fall UBS hat gezeigt, wie verletzlich unsere Volkswirtschaft ist, wenn Grossbanken infolge des Casino-Kapitalismus ins Straucheln geraten. Daraus hat das Parlament zumindest teilweise Lehren gezogen: Grossbanken, die zu gross sind, um sie Konkurs gehen zu lassen, müssen künftig strengere Anforderungen hinsichtlich Eigenkapital (neu mindestens 19%) und Organisation einhalten. Der Nationalrat hat damit den Vorschlägen des Bundesrats zur **Eindämmung der Grossbankenrisiken** -der sogenannten „too big to fail“ Vorlage- mit 137 gegen 46 (SVP) Stimmen zugestimmt. Damit soll das Risiko vermindert werden, dass es wieder zu einem Fall wie bei der UBS kommt. Die Schweiz hatte die Grossbank UBS 2008 in einer Sonderaktion mit über 60 Milliarden Staatsgeldern stützen müssen, weil deren Untergang die gesamte Volkswirtschaft gefährdet hätte.

In einer ausserordentlichen **Session über die "wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung"** wurde heftig über ein Vorstosspaket und über Vorschläge des Bundesrates zur Milderung der wirtschaftlichen Probleme infolge der Frankenstärke diskutiert. Der erste Teil der Sonderdebatte war über 70 Vorstössen zu Themen wie Löhnen, Kaufkraft, Mieten und Krankenkassenprämien gewidmet.

Überwiesen wurden mehrere Vorstösse zur Bekämpfung von Lücken und Problemen beim Vollzug der flankierenden Massnahmen, wie dem Lohndumping durch Scheinselbständige.

Völlig unverständlich war die Haltung des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit zu einer Motion aus der SP, die ein generelles **Verbot von Eurolöhnen in der Schweiz** verlangte. Denn die heutige Gesetzgebung geht davon aus, dass der Lohn in der Landeswährung bezahlt wird, lässt aber Ausnahmen zu. Diese Lücke wollen nun einzelne Arbeitgeber nutzen, um die Folgen der Frankenstärke auf die Beschäftigten abzuwälzen. Aus meiner gewerkschaftlichen Sicht ist die Sache klar: Wer bei einer Firma in der Schweiz arbeitet, muss den Lohn in Schweizer Franken erhalten. Alles andere ist inakzeptabel.

Wohin soll das denn führen, wenn das Währungsrisiko einfach auf die Schultern der Arbeitnehmenden abgewälzt wird? Das ist unfaires und inakzeptables Lohndumping! Auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann betonte mehrfach, er wolle keine Eurolöhne in der Schweiz und er rufe die Arbeitgeber dazu auf, davon abzusehen. Inkonsequenterweise wehrte sich der Bundesrat aber dagegen, die veraltete Gesetzgebung aus dem Jahr 1971 anzupassen und die Möglichkeit von Eurolöhnen ganz zu verbieten.

In der Abstimmung wurde ein generelles Verbot von Eurolöhnen in der Schweiz mit 63 Ja gegen 121 Nein abgelehnt. Für ein Verbot von Eurolöhnen in der Schweiz votierten SP und Grüne. Geschlossen gegen ein Verbot von Eurolöhnen in der Schweiz stimmten: SVP, FDP und BDP. Die CVP war gespalten.

Im zweiten Teil der Debatte wurde über die Massnahmen zur **„Abfederung der Frankenstärke“** diskutiert, mit denen der Bundesrat die Auswirkungen des starken Franken auf die Wirtschaft mildern will. Gegen den Willen einer bürgerlichen Minderheit beschloss die grosse Kammer, auf das Paket einzutreten. Die Politik müsse die von der Nationalbank beschlossenen Interventionen gegen den starken Franken mit flankierenden Massnahmen unterstützen, fand die Mehrheit.

Auch den Rückweisungsantrag, mit dem die SVP-Fraktion den Bundesrat beauftragen wollte, rasch eine Vorlage für befristete Senkungen von Mehrwertsteuersätzen auszuarbeiten, lehnte das Plenum ab. Für Steuersenkungen nach dem Giesskannenprinzip ist die SP nicht zu haben. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat dem Massnahmenpaket zu und bewilligte dafür 870 Millionen Franken. Die wesentlichen Teile des Pakets sind 500 Millionen Franken für die Arbeitslosenversicherung für Kurzarbeitsentschädigungen, 212 Millionen zugunsten von Forschung, Bildung und Innovation sowie 100 Millionen für Kredite an Hotels.

### **Dritte Woche:**

#### **Solaranlagen, Sicherheitsfirmen, Adoptionsrecht und Schlussabstimmungen**

Der Nationalrat will keine Bewilligungspflicht für Fotovoltaik- und thermische Solaranlagen auf Dächern. Die Bewilligungsbefreiung wurde in das Raumplanungsgesetz eingefügt. Der Entscheid fiel mit 109 zu 66 Stimmen. Für Solaranlagen, die nicht mehr als 20 Zentimeter über die Dachhöhe reichen sowie seitlich, unten und oben bündig sind, gilt gemäss Vorschlag Nationalrat künftig lediglich eine Meldepflicht. Für diese Variante habe ich mich ebenfalls eingesetzt. Denn ich bin überzeugt: Wollen wir die Energiewende schaffen, müssen wir nun vorwärts machen im Bereich der erneuerbaren Energien. Private Solaranlagen können einen wichtigen Beitrag leisten. Die neue Regelung war in allen Fraktionen umstritten. Die Gegner der kompletten Bewilligungsbefreiung befürchteten einen Wildwuchs. Diese Befürchtung teile ich nicht. Denn **wir haben im Aargau mit bewilligungsfreien Solaranlagen (bis 10m2 ausserhalb Schutzzonen) gute Erfahrungen gemacht**. Der Ständerat muss noch über die neue Regelung beraten.

**Der Nationalrat will private Sicherheitsfirmen strenger regulieren.** Für Privatfirmen, die von der Schweiz aus im Ausland sicherheits- oder militärische Dienstleistungen erbringen, will der Nationalrat eine Zulassungspflicht und systematische Kontrollen einführen und damit weiter gehen, als vom Bundesrat geplant war. Er unterstützte entsprechende Motionen der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) sowie mehrere parlamentarische Vorstösse in dieser Sache. Es geht darum, Widersprüche zwischen der Neutralität der Schweiz und deren Friedensförderung und der Tätigkeit von privaten Armeen von der Schweiz aus zu vermeiden.

**Die Situation betreffend Adoptionsrecht ist suspekt:** Gleichgeschlechtliche Paare und homosexuelle Einzelpersonen haben die Möglichkeit, Kinder zu adoptieren, nicht aber homosexuelle Paare, die ihre Partnerschaft offiziell eintragen liessen. Der Nationalrat lehnte es mit 97 zu 83 Stimmen ab, diese Situation zu ändern und einer von rund 20'000 Personen unterzeichneten Petition des Vereins Familienchancen Folge zu geben.

Mit den **Schlussabstimmungen** zu mehreren Vorlagen haben die eidgenössischen Räte die letzte Session der Legislatur 2007-2011 abgeschlossen. Parlamentarisch bereinigt und verabschiedet wurden unter anderem:

- mit 133:46 Stimmen bei 17 Enthaltungen (NR) und 28:6 Stimmen bei 10 Enthaltungen (SR) die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes, mit der die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, dass sich mehr Menschen integrierten medizinischen Versorgungsnetzen (Managed Care) anschliessen. Die Vorlage ist jedoch umstritten. Mehrere Ärzteorganisationen prüfen ein Referendum. Sie stören sich an der Einschränkung der freien Arztwahl. Wer sich nicht einem Managed-Care-Modell anschliesst, soll neu 15 statt bisher 10 Prozent der Kosten selbst tragen. Ob die SP das Referendum unterstützt, ist noch offen.
- mit 141:53 Stimmen bei 2 Enthaltungen (NR) und 44:0 Stimmen (SR) das Kinder- und Jugendförderungsgesetz, in dem geregelt wird, wie die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gefördert werden kann;
- mit 195:1 Stimmen (NR) und 44:0 Stimmen (SR) einer Änderung des Strafgesetzbuches, mit der Genitalverstümmelungen ausdrücklich verboten werden.